

Die Ameise

„Nimmer strebe zum Ganzen!
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Dester. Währung.

Expedition: S. Alte Jacobstr. 64. bei J. Bey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Dester. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Dester. Währ.

Für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Dester. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenk, NW. Stromstraße 48.

Nr. 49.

Berlin, den 3. Dezember 1880.

Siebenter Jahrgang.

Amtlicher Theil des Generalraths.

Zu den Neuwahlen!

Sämmtliche Vorstände werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß im Monat Dezember die **Neuwahlen** sowohl der Ortsvereinsvorstände als der Vorstände der örtlichen Verwaltungsstellen stattzufinden haben. Ueber die Ausführung siehe man die betreffenden statutarischen Vorschriften.

Das Resultat der Wahl — für Ortsvereine und Krankenkasse gesondert — ist mit der Angabe des Berufs (ob Dreher, Maler etc.) des Vorsitzenden, des Schriftführers, des Kassirers und mindestens eines Revisoren und, wo dies nöthig, auch mit Angabe der Wohnung der genannten Vorstandsmitglieder, alsbald nach geschehener Wahl dem unterzeichneten Hauptschriftführer bekannt zu geben. Wo dies nicht geschieht, müssen die betr. Angaben zur Vervollständigung an die Ortsvereine zurückgesandt werden. Weiter bedarf es wohl kaum des besonderen Hinweises, daß die in die örtl. Verwaltungen der Krankenkasse zu wählenden Mitglieder zugleich Mitglieder des Ortsausschusses sein müssen und dem Vorstände zur Genehmigung einzureichen sind.

Mit genossenschaftlichem Gruß
für den Vorstand und Generalrath.

Georg Lenk, Hauptschriftführer,
Berlin N. W., Stromstr. 48.

Die Sekretäre der Ortsvereine

werden hierdurch nochmals um Ausfüllung und baldige Einsendung der Arbeitsstatistik pro 3. Quartal ersucht, von der mir noch der größte Theil der Formulare fehlt.

Wo die Formulare in den Ortsvereinen nicht mehr vorhanden sein sollten, wolle man sich solche von mir nachfordern.

Für den Generalrath

Georg Lenk, Hauptschriftführer.

Bericht über die öffentliche Versammlung der Ortsvereine Moabits, am 22. November 1880.

Die von den drei Ortsvereinen Moabits (Porzellanarbeiter, Maschinenbauer, Fabrik- und Handarbeiter) zu Montag, den 22. November, Abends 8 Uhr zusammenberufene gemeinsame öffentliche Versammlung hatte sich einer recht regen Theilnahme

zu erfreuen, derart, daß der Wittig'sche Saal, in welchem die Versammlung stattfand, dicht gefüllt war und ein Theil der Erschienenen im Vorderzimmer Platz nehmen mußte.

Der Vorsitzende, Hr. Maschinenbauer Neumeister, eröffnete die Versammlung mit einer begrüßenden Ansprache an die Erschienenen und erteilte alsdann Herr Reichstagsabgeordneten Böllmer das Wort zu seinem Vortrage über: „Das Arbeitsverhältniß der Gegenwart und die Berufsorganisation.“

Einleitend berührte der Vortragende zunächst das Autoritätsprinzip, von dem früher die Arbeit und das Handwerk beherrscht und geleitet worden, indem durch feste Normen bestimmt wurde, was, wie, von wem und wo produziert werden sollte und produziert werden durfte, um im Anschluß daran auf die Repräsentanten dieses Systemes, die alten Innungen und Zünfte, überzugehen. Eingehend schilderte der Redner die Entstehung, die Blüthezeit und den Verfall der alten Innungen, wies die Berechtigung ihres Bestehens im Mittelalter und ihren guten Zweck für beide Faktoren in der Produktion nach, bewies dann aber auch, daß dieselben zu Grunde gehen mußten dadurch, daß sie für sich Bevorrechtigungen aller Art zu erlangen suchten und durch Aufstellung unübersteiglicher Schranken hinsichtlich der Zulassung Anderer zur Produktion schließlich zu rein egoistischen Institutionen herabsanken (die Entartung der Zünfte), so daß sie naturgemäß nach und nach an Bedeutung verlieren mußten und schließlich ganz zu Grunde gingen. Einen Belag dafür, daß das Innungswesen nach altem Stil in der Jetztzeit nicht mehr haltbar sei und daß auch alle dahin gerichteten Bestrebungen von vornherein mit Recht als verfehlt bezeichnet werden können, bilde die Thatsache, daß jetzt in ca 6000 Innungen nur noch ohngefähr 150.000 Mitglieder vorhanden seien, während die Schulze'schen Genossenschaften, etwa 4000 an Zahl, anderthalb Millionen Mitglieder repräsentirten. Die Genossenschaften seien die Innungen der Jetztzeit, und zu ihnen zählten bekanntlich auch die Gewerksvereine, die in der That berufen seien, die Innungen nach ihrer guten Seite hin voll und ganz zu ersetzen. Redner gab dann eine klare Darstellung dieser freien Berufsorganisationen, deren Förderung und Unterstützung im allgemeinen Interesse liege. Zugleich auf die Nothwendigkeit und den Vortheil der festen Organisation für alle Theile näher eingehend, schilderte Vortragender zunächst die Entstehung und Entwicklung der englischen Gewerksvereine sowie deren Prinzipien, um alsdann nach einem kurzen Ueberblick über die Arbeiterbewegung in

anderen industriellen Ländern die Prinzipien und die Thätigkeit der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) klar zu legen. Die Hebung der Lebenshaltung, Förderung des materiellen wie geistigen Wohles des Einzelnen sowohl als des ganzen Arbeiterstandes auf dem Boden des Gesetzes sei das Ziel dieser Organisation, die sich wohl bewußt sei, daß der Einzelne machtlos sei und nur im Verein mit den Gleichgesinnten etwas durchzusetzen vermöge; aber nicht etwa suche man jene Ziele auf dem Wege des Kampfes (durch Strikes u. dergl.) zu erreichen, sondern in der richtigen Einsicht, daß die auf letztere Weise erzielten Erfolge nur zu bald in das Gegenteil umschlagen, suche man überall, wo es nur irgend angehe, den Weg der Vereinbarung. Es hätten sich eben in diesen „Zunungen der Zukunft“ — dies sei für die Arbeitgeber von besonderer Bedeutung — die ruhigen u. besonnenen Elemente unter den Arbeitern zusammengefunden, um durch Selbsthilfe und Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten Theil zu nehmen an der allgemeinen Hebung der menschlichen Kultur. Die Thatsache stehe fest: Die organisierte Masse der Arbeiter ist vielweniger gefährlich, als die nichtorganisierte, und es sei deshalb unbegreiflich, weshalb sich die Arbeitgeber solange gegen die Koalition sträubten. Durch die Einrichtung der verschiedenartigsten Hilfsklassen (nationale Kranken- und Sterbekassen für die Mitglieder und deren Familien, Invalidenklassen u. s. w. suchen die Gewerksvereine den Arbeiter für den Fall der Noth sicher zu stellen; sie schaffen durch die Einrichtung des Rechtsschutzes dem Arbeiter die Gelegenheit, sein Recht zu suchen, wo er es seiner Mittellosigkeit wegen für sich allein nicht vermöchte, sie bieten ihm durch Veranstaltung von Vorträgen, Einrichtung von Bibliotheken, Fortbildungskursen u. s. w. Gelegenheit zur weiterer Ausbildung in seinem Fach wie im Allgemeinen u. dergl. mehr. Alle diese Bestrebungen versprechen den Gewerksvereinen, die ja schon jetzt namhafter Erfolge sich zu rühmen hätten und insbesondere auf die Arbeiter-Gesetzgebung vortheilhaft eingewirkt hätten, eine gute Zukunft: sie verdienen aber auch nach jeder Beziehung hin die Unterstützung der gesamten Bürgerschaft, denen jene Bestrebungen gleichfalls indirekt zugute kämen. Insbesondere trat der Redner dann noch der öfter geäußerten Ansicht entgegen, daß die deutschen Gewerksvereine nur sozusagen auf künstliche Art nach Deutschland verpflanzt worden seien. Das sei ein großer Irrthum; dieselben beruhten vielmehr voll und ganz in der Natur unserer heutigen Wirtschaftsverhältnisse, sie seien nicht abhängig von einer Person, sondern wurzelten vielmehr im germanischen Charakter. Was aber einen besondern Vorzug der deutschen Gewerksvereine bilde, sei der Umstand, daß dieselben ihren Mitgliedern nichts Nebelhafes, Unerfüllbares versprächen, sondern auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse die Verbesserung der Lage des Arbeiters erstrebten. In diesem Sinne möge man die deutschen Gewerksvereine betrachten und beurtheilen, ihre Bedeutung sei eine hohe, denn ihnen sei die Lösung eines guten Theils der sozialen Frage vorbehalten. — Der lebhafteste Beifall der Versammlung gab dem Vortragenden von dem Interesse Zeugniß, mit welchem seine Darlegungen aufgenommen worden waren.

(Schluß folgt.)

Eine Mahnung.

Die jetzige bewegte Zeit mit ihren Neuerungen und Kämpfen auf politisch-wirtschaftlichem Gebiete ist wohl dazu angethan, die Aufmerksamkeit des Ernstdenkenden wieder den Gebiete der sozialen Fragen zuzuwenden, welche seit Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation und seit dem Hervortreten der Alles absorbirenden wirtschaftspolitischen Diskussion nur allzuwenig beachtet worden ist.

Wären nicht die wohlmeinenden, aber vorerst nur reflektirenden Berichte der preussischen Fabrikinspektoren mit erwünschten Einzelheiten aus Preussens Fabriken im Druck erschienen, hätte man nicht platonische Versuche gemacht, das Unterstützungs- und Invalidenklassenwesen der arbeitenden Klassen zu regeln, spräche man nicht von Gesetzentwürfen zu Gunsten der Arbeitnehmer in besonderen Fällen, z. B. gegen gesundheitschädliche Arbeit, gegen Unfälle und dergl. — es ließe sich fast Nichts berichten über erneute humane Reformen auf sozialpolitischem Gebiete. In der That, eine ernsthafte Mahnung schließt die Frage in sich, was denn in Deutschland seit Erlass des Sozialistengesetzes zu Gunsten der sogenannten arbeitenden Klassen durchgesetzt oder angestrebt worden ist. Was ist zur Hebung der materiellen Lage des Arbeiterstandes, was zur Sicherstellung des Arbeiters gegen Alter und Krankheit geschehen? Hat man sich zum Wenigsten die „Industrielle Gesellschaft zu Mühlhausen im Elsass“ und ihr humanes Wirken,

ihre zahlreichen und mannigfaltigen Wohlfahrtsanstalten zum Vorbild genommen und Gleiches zu leisten versucht? Wie und wo manifestiren sich diese Bestrebungen? Man wird auf keine dieser Fragen eine auch nur einigermaßen befriedigende Antwort finden können.

Deutschlands reformatorische und humanitäre Thätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete steht hinter der Englands und Frankreichs erheblich zurück. In Frankreich haben die Prinzipien von 1789 den Arbeiter materiell frei und sozial gleich gemacht, in England hat eine andere Entwicklung eben dahin geführt, gefördert durch die großen Reformen der dreißiger und die Antikornzolliga der vierziger Jahre. Dank dem „bon sens“ der Franzosen und dem „commun sense“ des Engländer entwickelten sich bei beiden Nationen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht unerträgliche Verhältnisse. Der pessimistischen, auf radikalen Umsturz gerichteten Agitation gelang es dort nicht, das Gros der Arbeiterbevölkerung zu berücken. Nur im höchst beschränkten Grade wurde dabei die Gesetzgebung angerufen — im Wesentlichen hat freies, freundliches Zusammenwirken bei unseren Nachbarn Zustände erzielt, um welche wir sie im Großen und Ganzen zu beneiden Grund haben.

In Deutschland war leider bis zum Jahre 1848 jede öffentliche und Vereinsthätigkeit fast unmöglich. Nur nach langen, langen Vorverhandlungen genehmigte die preussische Regierung 1847 die Statuten des noch heute bestehenden „Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen“, welcher Anfangs zwanglose Mittheilungen, seit 1859 eine Vierteljahrschrift, seit 1863 den „Arbeiterfreund“ über seine Thätigkeit veröffentlicht hat. Mit geringen Mitteln und in kleinem Kreise hat er manch' Ersprießliches zu Stande gebracht — Großes zu leisten war er zu schwach. Er wurde fast in den Hintergrund gedrängt, als in den sechziger Jahren die Arbeiterfrage in den Vordergrund trat. Neben sozialdemokratischen Blättern erschienen damals die „Allgem. Deutsche Arbeiterzeitung“ von Streit in Koburg, die erzgebirgische, später „Deutsche Arbeiterzeitung“ von Karl Wadewitz in Leipzig, die „Arbeit“ von Ed. Pfeiffer in Stuttgart und andere den Interessen der Arbeiter gewidmete antisozialdemokratische Blätter, um aus Mangel an Theilnahme früher oder später wieder zu verschwinden, während die sozialdemokratische Presse steten Aufschwung nahm. In den siebziger Jahren traten neue arbeiterfreundliche Bestrebungen zu Tage, die erfreulichen Ausdruck fanden u. A. in der von rheinischen Fabrikanten gegründeten „Concordia“, welche 1873 dem Vorwurfe, Niemand nehme sich der Arbeiter an, mit dem Hinweis auf ihre eigene Existenz entgegentrat, dieselbe indes schon 1876 verlor! Dasselbe Schicksal hatten andere arbeiterfreundliche Blätter, so ein Pforzheimer Wochenblatt, der „Südd. Arbeiterfreund“ in Freiburg, welcher letzterer vor wenigen Monaten erst sein Erscheinen einstellte, u. A. m. Neben dem „Arbeiterfreund“, den nur der erwähnte Centralverein über Wasser hält, besteht nur noch die „Sozial Correspondenz“ (seit 1877) von Viktor Böhmert und A. v. Studnitz in Dresden, ebenfalls als Organ des Centralvereins, ebenfalls nur durch Subventionen desselben ihr Dasein fristend, obwohl sie vortrefflich redigirt wird und für die weitesten Kreise von Interesse ist. Das Sozialistengesetz hat die schon früher vorhandene Indolenz in Deutschland gegenüber den Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen zu einer vollkommenen gemacht, nicht blos auf publizistischem Gebiete. In der „Concordia“ und anderwärts ist wiederholt auf die Gefahr solcher Eventualität hingewiesen; wir erinnern an Professor Held's wiederholte und eindringliche Mahnrufe, der sich im Interesse der arbeitenden Klassen gegen die Vermehrung der indirekten Steuern verwahrte, der vor Ausnahmegesetzen warnte etc. Professor Held schwieg freilich später, indem er sich dem Willen des Reichskanzlers beugte — daß aber seine schlimmsten, damals ausgesprochenen Besürchtungen eingetroffen sind, daß die wirtschaftspolitischen Reformen des Reichskanzlers just das Gegenteil der arbeiterfreundlichen Verheißungen bei Gelegenheit der Feststellung des Sozialistengesetzes bedeuten, das wollen wir auf Grund der Held'schen Ausführungen gerade im jetzigen Augenblick konstatiren. Kein Nationalökonom oder Politiker von Einsicht wird uns darin widersprechen. — Beiläufig könnte der neue Verein „Concordia“ zur Förderung des Wohles der Arbeiter“ mit dem Sitz in Mainz, obwohl mit großen Glanz ins Leben gerufen, eine regere Betheiligung finden. Will man sich über die Lage der arbeitenden Klassen und über deren dringende Hebung unterrichten, so durchblättert man die oben erwähnten Zeitschriften mit ihren werth-

vollen Mittheilungen über Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise. Was z. B. Geh. Rath Jakobi über die Arbeitslöhne in Schlesien ermittelt hat, was die „Soc. Corr.“ über die Erwerbsverhältnisse in Sachsen mittheilt, was u. A. auch Thun in seinem Werke über rheinische Industrieverhältnisse berichtet, ist geeignet, den Menschenfreund mit Mitleid, den Nationalökonom mit Zorn, den Politiker mit Sorge zu erfüllen. Selbst in den Berichten der preussischen Fabrikinspektoren, die so viel verschweigen, finden sich Schilderungen jener Art. Nach dem Berichte des Fabrikinspektors für Düsseldorf war die Lage der dortigen Arbeiter in den letzten drei Jahren gegen das Jahr 1869 eine schlechtere geworden, einmal wegen der höheren Lebensmittelpreise und sodann wegen der verminderten Arbeitsgelegenheit. In den dortigen Textilfabriken wurde nur die Hälfte der Woche gearbeitet, der Wochenverdienst sank von 6—18 auf 3—9 Mk. Volksthümchen wurden eingerichtet, aber besonders stark nur an Lohnungstagen benutzt, was den Nothstand charakterisirt und darauf schließen läßt, daß der Arbeiter sich sonst mit einer noch wohlfeileren Kost begnügen mußte. Ende 1878 hatte sich die Lage der Arbeiter noch ungünstiger gestaltet. In einem großen Eisenwerke verminderten sich die Arbeitslöhne, lediglich in Folge der Einschränkung der Arbeitszeit, binnen 6 Monaten um 27 pCt. d. h. durchschnittlich bis auf 11,50 bezw. 7,44 Mk. wöchentlich. Ende November und Dezember 1878 fielen die Löhne noch tiefer. In Düsseldorf und Umgebung boten zahlreiche Frauen und Mädchen ihre Dienste in den Fabriken vergeblich für einen Wochenlohn von 4—5 Mk. an; es fehlte die Arbeitsgelegenheit. Dabei war die Arbeitsleistung überall größer und besser geworden, weniger als Produkt der Arbeitsehre als der Arbeitsnoth.

Eine nicht minder bedenkliche Schilderung entwirft der Fabrikinspektor für Oppeln; er schreibt: „Dieser ausgedehnte Bergbau ist nun, da es an Organen für die Aufsicht nach Lage der bestehenden Gesetze bisher gebrach, derart verwahrlost, daß er nicht den beschiedenen Anforderungen für die Sicherheit der Arbeiter genügt wird. Die Zimmerung fehlt fast gänzlich, die Schächte sind ohne Fahrten, die Baue werden ohne Fütterung von Grubenrissen und ohne jede Kontrolle von Seiten der Behörden unterirdisch derart beliebig ungesteuert ausgedehnt, daß Häuser, Kirchhöfe, Chaussees, Eisenbahnen plötzlich zu Bruche gehen, wie es wiederholt geschehen ist und noch geschieht.“

Weder die Religion noch die Gesetzgebung allein sind im Stande, solche und andere Mißstände zu beseitigen. Und eben so wenig wie die Religion hindert die Gesetzgebung die Verbreitung der, auf die menschliche Beschränktheit spekulirenden und dieselbe berücksichtigenden Sozialdemokratie — ja wenn man durch Gesetz den Deutschen Etwas von dem bon sens der Franzosen und dem commun sense der Engländer einimpfen könnte! In diesen Begriffen liegen die wichtigsten und wirkungsvollsten, zugleich die wohlthätigsten Faktoren für die sozialpolitische Entwicklung jeder Nation.

Paul Dehn.

Aus Thüringen

erhalten wir folgende Mittheilung:

Es geschieht doch so mancherlei Eigenthümliches in unserm schönen Thüringen. So brachten mir die letzten Nummern des unter der Redaktion des berühmten Schriftstellers Karl Wartenburg stehenden Geraischen Tageblattes einen Bericht über die Verhandlungen des Landtages von Reuß j. Linie. Von besonderem Interesse waren mir die Debatten über eine meiner Ansicht nach sehr gerechtfertigte Petition der Geraer Gemeindebehörden, betreffend die Anstellung eines Fabrikinspektors. Das Amt eines solchen ist, wie aus den Debatten hervorgeht, bisher dem Landbaumeister als Nebenamt übertragen gewesen. Nun muß man aber bedenken, daß eine so gewerbreiche Stadt wie Gera, die allein 155 Dampfkessel hat, und in deren mechanischen Webereien ca. 2500 Webstühle aufgestellt sind, fast vollständig einen Fabrikinspektor beschäftigen könnte. Man hätte daher wohl denken können, daß der Landtag den Antrag einer Anzahl Abgeordneter, 3000 Mark für einen Fabrikinspektor in den Etat einzustellen, einstimmig angenommen hätte; dem war aber nicht so.

Ja, ein Geraer Abgeordneter, der Fabrikant Meyer, bekämpfte entschieden die Nothwendigkeit der Anstellung eines solchen Beamten unter dem Bemerkens, es würden durch den Antrag nur Illusionen erzeugt, Erwartungen bei den Arbeitern rege gemacht, die ein Fabrikinspektor nicht erfüllen könne. Das Minoritätsgutachten (das für Anstellung ist) spreche von einem ehrenvollen und

dauerhaften Frieden, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erreicht werden solle. Das setze einen Kriegszustand voraus, der hier (in Gera) nicht existire. Die hiesige Arbeiterbevölkerung mit ihren Zuständen vollkommen zufrieden (und doch soviel Sozialdemokraten nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl? D. Ref.). Die hiesige Handelskammer habe sich in ihrem Gutachten gleichfalls ablehnend ausgesprochen. Da seien aber doch Männer vom Fach. Die ganze Sache erscheine ihm aufgebauscht durch die Presse, um nach Außen hin zu wirken. Demgegenüber wies nun Abgeordneter Wartenburg nach, daß der jetzige Zustand bezüglich der Inspektion der Fabriken ein unzureichender sei. Die preussischen Fabrikinspektoren faßten ihre Aufgabe ganz anders auf, wie enge erscheine dagegen der Rahmen, in welchem neulich der Minister und heute der Abgeordnete Meyer die Aufgabe derselben begrenze.

Die Polizei habe weder Zeit noch Kräfte, auf alles Nothwendige zu achten, und der Landbaumeister sei z. B. bis zur Zeit jenes großen Unfalls in der Hirsch'schen Fabrik in Gera nicht ein einziges Mal in derselben gewesen. Das Urtheil der Geraer Handelskammer habe für ihn keine maßgebende Bedeutung. Die Handelskammer hätte in ihren Berichten häufig sehr originelle volkswirtschaftliche Ansichten, welche vor einer objektiven Prüfung kaum Stand gehalten, entwickelt. Er wolle nur an die Hoffnungen erinnern, die im Hinblick auf das Schutzollsystem und dessen Einführung in diesen Handelskammerberichten bezüglich der Lohnverhältnisse rege gemacht worden, Hoffnungen, die bekanntlich nicht in Erfüllung gegangen. Die Abneigung gegen das Fabrikinspektorat bestehe bei allen Großindustriellen.

Herr Dr. Behr trat ebenfalls sehr warm für Anstellung eines Fabrikinspektors ein und zwar sowohl in einem besonderen Gutachten als Mitglied der Petitionskommission, als auch in der Debatte. Er sagt u. A.: Es ist gewiß ein billiges Verlangen seitens unseres Arbeiterstandes, daß diejenigen, welche von früh bis Abends, nicht selten bis in die Nacht, meist in geschlossenen Räumen um einen mäßigen Lohn arbeiten, eine Garantie haben wollen für ihr Leben und ihre Gesundheit. Schaffen wir in Gera eine rechte Musterfabrikstadt und wir machen uns verdient um das Große und Ganze. — Die Beurtheilung dessen, was für die Gesundheit der Arbeiter schädlich oder nicht schädlich ist, ist nicht so leicht und erfordert eine gewisse Sachkenntnis. Man hätte wohl meinen sollen, daß trotz der Gegenreden des Ministers oder des Fabrikanten Meyer der Antrag der 3 Geraer Abgeordneten und der in der Petition der Stadt Gera ausgesprochene Wunsch auf Anstellung eines besonderen Fabrikinspektors berücksichtigt worden wäre, dem war aber nicht so, nur 4 Abgeordnete stimmten für und 11 gegen den Antrag. Reuß j. Linie wird also nach wie vor als Fabrikinspektor den Landbaumeister haben, der soviel zu besorgen und allein über 100,000 Mark, also über den zehnten Theil der gesammten Staatsausgaben, zu verfügen hat. Nun soll er noch nebenbei das Inspektorat über 145 Fabrik-Etablissements ausüben? Inspeziert er jedes derselben jährlich nur 2 mal und jedes zwei Tage, so hat er schon 290 Tage zu thun. Dazu kommt noch, daß das Ländchen Reuß j. Linie aus zwei, mehrere Meilen auseinander liegenden Stücken besteht und also durch Reisen mancher Tag verbracht werden müßte. Es ist doch sehr fraglich, ob es im Sinne des Reichsgesetzes über die Anstellung der Fabrikinspektoren liegt, daß ein so wichtiges Amt einem ohnedies so sehr beschäftigten Beamten als Nebenamt übertragen wird. Die Verhandlungen im Reußischen Landtag aber haben gezeigt, wie in den Kreisen der Industriellen so wichtige Fragen behandelt werden.

Der Wortlaut des englischen Haftpflichtgesetzes.

Da in der deutschen Presse irthümliche Auffassungen des neuen englischen Haftpflichtgesetzes vielfach verbreitet wurden, dieser Gegenstand aber gerade gegenwärtig von aktueller Wichtigkeit im Deutschen Reiche ist, geben wir im Nachfolgenden nach der Social-Correspondenz die Bestimmungen des neuen Gesetzes in wenn auch abgekürzter Uebersetzung wieder:

Gesetz vom 7. September 1880.

1. Wenn nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Arbeiter eine Verletzung erleidet:

- a) in Folge mangelhaften Zustandes der Wege, der Werkstätten, der Maschinen u. s. w.
- b) in Folge der Nachlässigkeit einer Person, die mit der Aufsicht betraut ist,
- c) in Folge der Nachlässigkeit einer vom Arbeitgeber be-

schäftigten Person, nach deren Anweisung sich der Arbeiter zu richten hatte,

d) in Folge einer Handlung oder Unterlassung einer beim Arbeitgeber beschäftigten Person, gemäß der derselben erteilten Instruktionen,

e) in Folge der Nachlässigkeit einer im Dienste des Arbeitgebers stehenden Person, welche mit der Leitung oder Beaufsichtigung von Signalen oder Lokomotiven oder Zügen beauftragt ist,

so kann er selbst oder im Falle seines Todes die Erben gegenüber dem Arbeiter eine Entschädigung in derselben Weise beanspruchen, als wenn er bei demselben nicht beschäftigt worden wäre.

2. Dem Arbeiter steht indessen kein Entschädigungsanspruch zu, wenn

a) der mangelhafte Zustand, auf den unter a Bezug genommen wurde, nicht dem Arbeitgeber oder einem von diesem Bediensteten zuzuschreiben ist;

b) wenn die unter d angeführte Handlung oder Unterlassung nicht der Mangelhaftigkeit der erlassenen Instruktionen zuzuschreiben ist. Insbesondere können diese Instruktionen nicht als mangelhaft angesehen werden, wenn dieselben von einer staatlichen Behörde bestätigt wurden;

c) wenn der Arbeiter von der Mangelhaftigkeit oder Nachlässigkeit Kenntnis hatte, welche seine Verletzung zur Folge hatte und wenn er innerhalb einer angemessenen Zeit unterließ, an geeigneter Stelle davon Anzeige zu machen, wofür er nicht wußte, daß sein Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter von der Mangelhaftigkeit oder Nachlässigkeit Kenntnis hatte.

3. Der Entschädigungsbeitrag soll die Summe nicht übersteigen, welche den Einnahmen eines Arbeiters während der drei vorhergehenden Jahre in demselben Berufe und derselben Gegend entspricht.

4. Entschädigungsansprüche sind hinfällig, wenn dieselben nicht innerhalb 6 Wochen nach dem Unfall angemeldet, der Prozeß nicht innerhalb 6 Monaten nach dem Unfall oder, im Falle eines Todes, nicht innerhalb 12 Monaten nach dem Tode angefragt wurde, — wofür nicht der Richter bei einem Todesfalle der Ansicht sein sollte, daß eine begründete Entschuldigungs für das Nichterfolgen der Anmeldung vorliegt.

5. Von der Entschädigung soll die Summe abgezogen werden, welche auf Grund eines anderen Gesetzes dem Arbeiter in Folge des Unfalles gezahlt worden sein sollte.

6. Enthält rechts technische Details.

7. In der Anmeldung eines Unfalles muß der Name und die Adresse der beschädigten Person, die Ursache und das Datum des Unfalles enthalten sein. Die Anmeldung ist dem Arbeitgeber zuzustellen.

8. Enthält Definitionen.

9. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1881 in Kraft.

10. Dieses Gesetz bleibt bis zum 31. Dezember 1887 in Kraft.

Verschiedenes.

— Die große Gewerkevereins-Versammlung von der wir bereits in voriger Nummer berichteten, findet Sonntag, den 5. Dezember, pünktlich 10^{1/2} Uhr Vormittags, im Saale der Berliner Flora, Friedrichstraße 218 statt. Die Tagesordnung bildet: Der Volkswirtschaftsrath und die Vertretung der Handwerker und Arbeiter. Referenten: Die Herren Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch und Bildhauer S. Linde. — Zu dieser überaus wichtigen Versammlung, in welcher auch die neuesten Entwürfe und Pläne, betr. Arbeiterversicherung, besprochen werden, sind die Herren Abgeordneten der liberalen Parteien u. a. Ehrengäste eingeladen. Das Erscheinen unserer Genossen ist Ehrenpflicht und das Mitbringen von Genossen dringend empfohlen.

Literarisches.

Unter dem Titel „Die Deutschen Gewerkevereine und die Baare'sche Denkschrift“ sind die Referate der Herren Dr. M. Hirsch, Reichstagsabgeordneter Köllmer und Lischke & S. Wulff in der großen Versammlung vom 11. Oktober d. J. auf Verlangen des Centralraths der deutschen Gewerkevereine in Broschürenform herausgegeben worden und dieser Tage erschienen. Der Preis der Broschüre ist 30 Pfg., für unsere Mitglieder, denen sie zu Zwecken der Agitation dienen soll, 10 Pfg. bzw. bei Annahme von 50 Exemplaren 5 Pfg. pro Stück. Wir brauchen die Anschaffung dieser zur Gewerkevereinsliteratur zählenden Broschüre unseren Mitgliedern wohl nicht erst besonders zu empfehlen, es sei deshalb hier nur noch auf dieselbe hingewiesen.

Vereins-Nachrichten.

§ Bonn-Poppelsdorf. Protokollauszug der Ortsversammlung vom 6. November 1880. Verantwortlich für die Redaktion Georg Lenz. Druck und Verlag von Gustav Denike, Berlin N.W., Alt-Moabit 63.

6. November 1880. Die Versammlung wird vom stellvertretenden Vorsitzenden Hrn. Fricke um 9 Uhr in Anwesenheit von 13 Mitgliedern eröffnet. Das Protokoll der vorigen Versammlung wurde verlesen und ein Fehler darin verbessert, indem nicht Hr. Jassos, sondern das Mitglied (der Name? Die Ned.) von Rippes übergeben ist und Hr. Jassos sich angemeldet hat. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und standen auf derselben folgende Punkte: Punkt 1, Kassenbericht, Punkt 2, Innere Angelegenheiten, Punkt 3, Anmeldung von Mitgliedern, Punkt 4, Anträge und Beschwerden, Punkt 5, Entrichtung der Wochenbeiträge, Punkt 6, Verschiedenes. Punkt 1. Der Kassirer berichtet über eine Einnahme von 72,62 M., und zwar Bestand vom vorigen Quartal M. 13,52, Wochenbeiträge von 40 Mitgliedern M. 45,60, für 45 Exemplare der „Ameise“ M. 13,60, Ausgabe ist M. 51,31 und zwar Porto und Bureaubedarf 0,70, 50% an die Generalrathskasse 22,80, Verbandsbeiträge für 40 Mitglieder 6,00, für 45 Exemplare der „Ameise“ 20,25, 10% für Bildungszwecke 4,56, bleibt ein Bestand von 18,31 Mark. Da die Revisoren die Kasse für richtig befunden haben, wird der Kassirer entlastet. Zu Punkt 2 liegt nichts vor und wurde zu Punkt 3, Anmeldung von Mitgliedern geschritten, und die Herren Fricke, Weise, Leder und Weber angemeldet. Punkt 4, Anträge und Beschwerden. Der Antrag eines Mitgliedes, sämtliche Mitglieder am Anfang der Versammlung zu verlesen, wurde angenommen. Die Beschwerde eines Mitgliedes wegen zu spätem Erhaltens der „Ameise“ wurde dahin erledigt, daß sich das schnelle Befördern derselben nicht immer ermöglichen lasse und wurde beschlossen, vom neuen Jahre an dieselbe getheilt, die eine Hälfte nach Bonn, die andere nach Poppelsdorf, senden zu lassen, wodurch dem Uebel abgeholfen sei. Nach Erledigung von Punkt 5, Entrichtung der Wochenbeiträge, wurde, da zu Punkt 6 nichts vorlag, die Versammlung um 10^{1/2} Uhr geschlossen.

Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle. Punkt 1, Kassenbericht. Der Kassirer berichtet über eine Einnahme von 281,83 M., und zwar Barbestand vom vorigen Quartal M. 26,05, Wochenbeiträge in der 2. Klasse M. 18,44, in der 3. Klasse M. 77,00, in der 4. Klasse M. 50,19, in der 5. Klasse M. 79,80, remittirt von der Hauptkasse M. 80,35. Ausgabe: Porto und Bureaubedarf M. 0,70, 50% an die Hauptkasse M. 112,71, Gehalt des Kassirers M. 4,50, Unterstützung in der 3. Klasse M. 6,42, in der 5. Klasse M. 157,50, zusammen 281,83, bleibt Barbestand —. Die andern Punkte erledigen sich wie oben, und wurde sodann die Versammlung um 11 Uhr geschlossen. Paul Häusler, Schriftführer.

§ Wallendorf. Protokollauszug der Ortsversammlung vom 22. November 1880. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Hrn. W. Leube um 8^{1/2} Uhr in Anwesenheit von 22 Mitgliedern eröffnet. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und genehmigt, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Dieselbe enthält: Punkt 1, Innere Angelegenheiten, dies wurde durch einige Besprechungen erledigt. Punkt 2, Bericht über den Kassenabluß des 3. Quartals. Die Mitgliederzahl betrug im Anfang des Quartals 31, Ende desselben 34 Mitglieder. Eintrittsgeld von 34 Mitgliedern 17 M., Wochenbeiträge 41,20 M., für 26 Exemplare der „Ameise“ 7,80 M., Gesamteinnahme 66 M., Ausgabe: für Porto und Bureaubedarf 9,50 M., „Ameise“ 11,70 M., Verbands- und Agitationsbeiträge 5,10 M., 10% für Bildungszwecke 5,82 M., Summa der Ausgaben 31,22 M., bleibt Barbestand 4,78 M. Die Revisoren berichten, die Kasse und Bücher in Ordnung befunden zu haben und wird dem Kassirer Decharge erteilt. Punkt 3, Ausfertigung der Arbeitsstatistik, wird erledigt. Punkt 4, Zahlung der wöchentlichen Beiträge, wird ebenfalls erledigt. Außerdem melden sich zur Aufnahme Florenz Seel, Maler, Wilhelm Jaumann, Dreher und Hermann Unger, Formengießer und werden dieselben dem Generalrath zur Aufnahme empfohlen. Noch ist zu berichten, daß in der Versammlung vom 18. Oktober in Bezug auf den Antrag des öbl. Generalraths betreffs Beitritt zur Invalidenkasse die Abstimmung ergab, daß alle 15 anwesenden Mitglieder dagegen stimmten. Da weiter nichts vorlag, erfolgt Schluß der Versammlung.

Hierauf fand die Eröffnung der Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle statt. Punkt 1, Zahlen der wöchentlichen Beiträge, wird erledigt. Punkt 2, Bericht über den Kassenabluß des 3. Quartals. An Einstand von 8 Mitgliedern 4,00 M., Wochenbeiträge 10,32 M., Einnahme 14,32 M., Ausgabe: 50% an die Hauptkasse 7,16 M., bleibt Barbestand 7,16 M. Nach Befestigung der Richtigkeit der Kasse durch die Revisoren wurde der Kassirer entlastet. — Anton Felbig meldet sich zur Aufnahme in die zweite Klasse. Schluß der Versammlung 11 Uhr. Wilhelm Stahl, stellv. Schriftführer.

Versammlungskalender.

* Moabit. Generalrathssitzung am Sonntag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr pünktlich, bei Reichert, Stromstraße 48. Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Kassenbericht pro November, 3) Verschiedenes, 4) Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. — Alsdann Vorstandssitzung. Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Kassenbericht pro November, 3) Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern.

Gustav Lenz. J. Bey. Georg Lenz.
Vorsteher. Hauptkassirer. Hauptschriftführer.

* Bonn-Poppelsdorf. Ortsversammlung am Sonntag, den 4. Dezember 1880, Abends 8^{1/2} Uhr. Tagesordnung: 1. Innere Angelegenheiten, 2. Aufnahme von Mitgliedern, 3. Anträge und Beschwerden, 4. Entrichtung der Wochenbeiträge.

Paul Häusler, Schriftführer.

* Neustadt-Magdeburg. Ortsversammlung Sonntag, den 4. Dezember 1880, in der Neustädter-Bierhalle, Abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Quartals-Bericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. — Nachdem Versammlung der Krankenkasse (eingeschriebene Hilfskasse) mit derselben Tages-Ordnung. L. Lehmann, Schriftführer.

* Oberhausen. Ortsversammlung am Montag, den 6. Dezember 1880, Abends 8 Uhr im Vereinslokal beim Gastwirth Dehler. Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge, 2. Innere Angelegenheiten, 3. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern, 4. Anträge und Beschwerden. — Nachdem Versammlung der Krankenkasse mit derselben Tagesordnung.

Louis Fülle, Schriftführer.